

Antrag 51/I/2018**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Keine Veräußerung staateigener Flächen und Wohnungen entgegen öffentlicher Belange- Baulandspekulation und Luxusbauten verhindern**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages
 2 und der Bundesregierung werden sich beim Bundesmi-
 3 nisterium für Verkehr und digitale Infrastruktur und beim
 4 Bundesministerium der Finanzen dafür einsetzen, dass
 5 bei den geplanten Veräußerungen von innerstädtischen,
 6 nachhaltig nicht mehr betriebsnotwendigen Grundstü-
 7 cken und Wohneinheiten des Bundeseisenbahnvermö-
 8 gens den landeseigenen Wohnungsbaunternehmen ein
 9 Vorkaufsrecht eingeräumt wird.

10

11 Begründung

12 Die Privatisierungswelle der vergangenen Jahrzehnte hat
 13 auch vor Betriebswohnungen von Bahnmitarbeiterinnen
 14 und -mitarbeitern und Bahngrundstücken nicht halt ge-
 15 macht:

16 Seit 1994 hat das Bundeseisenbahnvermögen (BEV)
 17 27.178.991 qm Grundstücksfläche mit Verkaufserlösen
 18 von insgesamt 2.009.759.846, 00 EUR veräußert, sprich
 19 im Mittel 74 Euro/qm für wohl überwiegend innerstäd-
 20 tischen Grundbesitz erzielt. Ein Bombengeschäft für den
 21 Investor auf der Nachfrageseite, wenn man zum Ver-
 22 gleich beispielsweise den mittleren Grundstückspreis für
 23 Berliner Boden von aktuell 505, 17 EUR/qm heranzieht[1]¹.
 24 Dieses Jahr möchte das BEV wieder 74.282 qm und 254
 25 WE im Wege einer öffentlichen Vergabe veräußern,
 26 obwohl sich in nahezu allen deutschen Großstädten die
 27 Wohnsituation drastisch zuspitzt.

28 Insgesamt hält das BEV ein „Immobilienpaket“ von 6,7
 29 Mrd. EUR[2]².

30 In Berlin hält das BEV 40.026 qm verteilt auf 117 Flurstü-
 31 cke zum Wohnungsbau geeigneter Grundstücke. Was die
 32 Stadt braucht ist sozialer Wohnraum zu erschwinglichen
 33 Preisen die allen Berlinerinnen und Berlinern zur Verfü-
 34 gung stehen. Weil ihnen bei Sozialwohnungen die Mar-
 35 gen zu gering sind planen private Investoren aber lieber
 36 am bestehenden Notstand vorbei und stärken ihr Portfo-
 37 lio mit Luxusimmobilien. Landeseigene Wohnungsbauges-
 38 sellschaften sind dagegen in der Lage das Mittel nicht vor
 39 den Zweck zu stellen und zu günstigeren Mieten anzubie-
 40 ten, um die sozialen Schieflagen die sich in allen Groß-
 41 städten in Deutschland intensivieren zu bekämpfen. Folg-
 42 lich kann der Staat , hier als BEV, seiner Verantwortung
 43 zum sozialen Frieden an dieser Stelle nur nachkommen,
 44 wenn er die zum Wohnungsbau geeigneten Grundstücke
 45 an die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften vor-
 46 rangig zur Verfügung stellt und so eine Doppelstrategie

47 angebots- und nachfrageseitiger Wirtschaftspolitik reali-
48 siert.
49 [1]³ <https://www.immowelt.de/immobilienpreise/> ber-
50 lin/grundstueckspreise
51 [2]⁴ <https://www.bev.bund.de/DE/Immobilien/> Ueber-
52 sicht

¹#_ftn1

²#_ftn2